

# NOVA

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.20 1990 Preis 7.-

Solidaritätspreis 10.-

Sozialistische Linkspartei / SLP  
Österreichische Sektion des LWA/KAI  
Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien  
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11  
E-Mail slp@gmx.at

# SPÖ wählen SPÖ verändern

Die Ergebnisse der letzten Wahlen (NÖ, Stmk., VlbG.) haben einmal mehr gezeigt: Mit dieser Politik der SPÖ-Führung kann die FPÖ nicht gestoppt werden. Bei den kommenden Nationalratswahlen könnte sich das Kräfteverhältnis noch weiter nach rechts verschieben, wenn wir nicht bald einen sozialistischen Kurswechsel erkämpfen.

Das zurückliegende Jahrzehnt war trotz SPÖ-Regierungsbeteiligung keine Zeit der Errungenschaften für die österreichische Arbeiterklasse. Diese Periode war gekennzeichnet durch immer frechere Angriffe seitens der Unternehmer und ihrer Vertreter (ÖVP, FPÖ, Handelskammer,...) auf den Lebensstandard der großen Bevölkerungsmehrheit. Während die Profite der Unternehmer explodierten (z.B 1988: +14,3%), blieben die Löhne und Gehälter gemessen an der Preissteigerung praktisch gleich. In manchen Bevölkerungsgruppen kam es sogar zu massiven Verschlechterungen. Vom vielgepriesenen Aufschwung haben wir bei Mieterhöhungen, Bildungsstopp, Sozialkürzungen

und latent gleichbleibend hoher Arbeitslosigkeit nicht viel gemerkt. Die SPÖ-Führung hat diese Unternehmerattacken in der Vergangenheit vielfach mitgetragen, bzw. sie sogar als moderne "sozialistische" Politik präsentiert (z.B Steuerreform, Privatisierungen,...). Diese Politik führte zu Wahlniederlagen, massenhaften Parteiaustritten und bei vielen aktiven Genossen zu Passivität. Doch bis jetzt weigert sich die Parteiführung, diese arbeitnehmerfeindliche Politik schleunigst zu beenden und in die sozialistische Offensive zu gehen. Im Gegenteil, die Parteigranden argumentieren (leider unterstützt von so man-



### Inhalt:

Volkspension.....	3
GPA-Konferenz.....	3
Mindestlohn.....	4
Nationale Frage.....	6
Gewerkschaft.....	8
Asoziale Marktwirtschaft.....	10
Klimakatastrophe.....	11
Regenwald.....	12
Was tun!.....	14
100 Jahre 1.Mai.....	16

chen "Linken"), daß die Fehler nicht im politischen Inhalt, sondern bloß in der organisatorischen Struktur der Partei zu suchen sind. Großparteien seien in der modernen Gesellschaft schlicht und einfach "out". Daß dieses Argument falsch ist, beweist der Zulauf, den die traditionellen Arbeiterparteien in Europa, insbesondere wenn sie sich kämpferisch präsentieren, erhalten.

## Parteiführung

Die Parteiführung aber nahm und nimmt den Wählerschwund gelassen hin, bzw. will ihn uns noch als Erfolg verkaufen. Anstatt sich auf sozialistische Perspektiven zu besinnen, sucht die Parteiführung ihr Heil in bürgerlicher Politik und in der Zusammenarbeit mit dem politischen Gegner (zuerst kleine, dann große Koalition!).

In diesen Koalitionen gelangen den Bürgerlichen immer stärkere Angriffe gegen die österreichische Arbeiterschaft (wie Privatisierung und Sozialabbau), die von der SPÖ-Führung mitgetragen wurden.

## Rolle der bürgerlichen FPÖ

Die SPÖ soll in den Augen der Arbeiter diskreditiert werden, um sie für zukünftige Unternehmerpläne ungefährlich zu machen. Zurzeit scheint diese Taktik leider aufzugehen. Eine besondere Rolle spielt hierbei die "neue" FPÖ. Sie ist gegründet worden als kleinere flexiblere bürgerliche

Partei, die sich je nach Bedarf liberal drehen oder national wenden kann, ob als "Königs"-macher in Krisensituationen oder als "freche" Opposition, die die Arbeiterklasse vom tatsächlichen Widerstand gegen Kürzungen abhält. Die FPÖ vertritt ein durch und durch arbeiterfeindliches Programm (z.B. gegen Mindestlohn, gegen AZV, gegen den Sozialstaat, gegen staatlichen Wohnungsbau; Ausländer- und Minderheitenfeindlichkeit).

## SPÖ wählen! SPÖ verändern!

Wir dürfen den Rechten keine Chance für weitere Angriffe gegen die Arbeitnehmer geben. Jede Stimme für die FPÖ, ebenso wie für die große Unternehmerpartei ÖVP, ist eine Stimme gegen die Interessen der Arbeitnehmer! Gerade wegen eines möglichen Wahlsieges der Rechten ist es diesmal besonders wichtig, SPÖ zu wählen. Jede verlorene Stimme stärkt Lichal, Riegler, Haider und Co. Doch SPÖ wählen alleine genügt nicht. Um die SPÖ zu einer glaubwürdigen Alternative zu machen, müssen wir sie sozialistisch erneuern! Die SPÖ ist mit ihren hunderttausenden Mitgliedern jene Kraft, die eine sozialistische Zukunft erkämpfen könnte. Es liegt an uns, zu beweisen, daß die SPÖ in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht die Partei der Karrieristen und Bankiers ist. Dieses Ziel werden wir am besten durch die Stärkung der marxistischen Kräfte in der SPÖ erreichen.

## Für die absolute Mehrheit mit einem sozialistischen Programm!

Daher müssen wir gemeinsam für eine absolute Mehrheit der SPÖ und den Aufbau eines starken linken Massenflügels innerhalb der Partei kämpfen!

John Evers SJ 5

## EDITORIAL

Liebe Genossen/innen!  
Die bürgerlichen Medien haben angesichts der politischen Revolution in Osteuropa eine gewaltige antisozialistische Hetze begonnen. Die Unternehmer wittern die einmalige Chance, die Ideen des Marxismus in der Arbeiterbewegung zu diskreditieren. Wie scheinheilig der Versuch ist, die Überlegenheit des Kapitalismus über den "menschenverachtenden Kommunismus" zu propagieren, beweist die kapitalistische Praxis: Nur 15% der kapitalistischen Staaten kennen bürgerliche Grundrechte, in der reichsten kapitalistischen Nation der Erde (USA) leben 15-20 Millionen unter der Armutsgrenze. In den westeuropäischen Industriestaaten sind 20-30 Millionen Menschen arbeitslos, jährlich sterben 40 Millionen Menschen den Hungertod. Während wir als Marxisten immer wieder den Sturz der Bürokratie in Osteuropa vorausgesagt haben, trieb der Westen mit den Stalinisten fleißig Handel. Man teilte sich die Welt brüderlich auf. Der Grund für die antisozialistische Offensive liegt klar in der Gefahr, die sozialistische Ideen noch immer für die Unternehmer darstellen. Die osteuropäischen Kämpfe waren bereits Beispiel für die Bevölkerung in anderen Ländern, sich gegen die dort Herrschenden zu wehren (Großbritannien, Nepal). Die Aufgabe, die marxistischen Kräfte jetzt zu stärken, um in kommenden Massenbewegungen in Ost und West eine sozialistische Perspektive aufzuzeigen, ist heute dringender als je zuvor. Die marxistische Zeitung VORWÄRTS kämpft für die Durchsetzung eines sozialistischen Programms. Unterstützt uns, kämpft mit uns!

Die Redaktion (Mai 90)

## Menschenwürdiges Alter durch Volkspension

Aus bürgerlichen Kreisen wird immer wieder verlautet, der Sozialstaat sei auf Dauer unfinanzierbar. Dieses Argument wird vor allem dann vorgeschoben, wenn es um Einsparungen im Sozialbereich geht.

Besonders bei den Pensionen wird häufig argumentiert, daß wegen der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft die Pensionen nicht mehr oder nur mit enormen Kürzungen finanzierbar wären. Bei ungefähr gleichbleibender Fruchtbarkeitsrate (durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Frau) wird sich der Anteil der älteren Menschen in den nächsten 50 Jahren um das Eineinhalbfache erhöhen. Während derzeit ca. 1/5 der Österreicher im Pensionsalter steht, wird im Jahr 2050 jeder dritte über 60 Jahre alt sein.

Von einer Unfinanzierbarkeit der Pensionen kann allerdings auch dann keine Rede sein: Derzeit liegen die Pensionen für Arbeiter und Angestellte zwischen 5.200 und 22.500 Schilling monat-

lich. Fast 1/5 der Pensionisten bezieht mehr als eine Pension. Durch die Gliederung der Pensionsversicherung ist es möglich, daß die durchschnittliche Alterspension für Notare bei 40.000 (!) Schilling monatlich liegt, während sie bei Arbeitern und Angestellten rund 9.000 Schilling beträgt. Ein Viertel der pensionierten Beamten erhält einen Ruhebezug von über 27.000 ÖS. Im Gegensatz dazu ist jeder zehnte Pensionist Empfänger einer Ausgleichszulage (Richtsatz: 5.574,- ÖS für Alleinstehende). Die österreichische Pensionsversicherung unterliegt dem Prinzip der Sicherung des Lebensstandards, d.h. die Reichen wollen sich auch ohne Arbeit ein höheres Einkommen sichern. Es ist nicht einzusehen, daß die Ungerechtigkeiten des Berufslebens auch noch in der Pension fortgesetzt werden.

Die Einführung eines Mindestlohnes von 12.000 Schilling netto ist ein erster Schritt zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Löhne. Eine gerechte Verteilung

der Pensionen kann allerdings nicht allein durch eine Mindestpension von 7.000 ÖS, wie sie derzeit von der ÖVP als "Wahlkampfsüßholz" gefordert wird, erreicht werden. Erstens ist dies zu gering und zweitens von der ÖVP nicht ernst zu nehmen. Nur durch die Einführung einer allgemeinen Volkspension kann verhindert werden, daß auch das Nichtarbeiten unterschiedlich entlohnt wird. Ein großer Teil der Kosten für die Pensionsversicherung, die derzeit zu je 1/3 von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Staat (also durch Steuern) finanziert werden, wird durch die höchsten Pensionen verursacht. Durch eine einheitliche Volkspension für alle Pensionisten (9.000 ÖS sind ein Ausgangspunkt) könnten nicht nur Einsparungen getroffen werden. Eine derartige Pension würde allen Pensionisten einen menschenwürdigen Lebensabend garantieren. Aber ohne die sozialen Rahmenbedingungen wäre dies sinnlos. Für Krankenpflege, Versorgung, Wohnungen und Pensionistenheime, Kultur und viele andere soziale Leistungen muß der Staat sorgen. Auch das würde eine sozialistische Gesellschaft ausmachen.

Andrea Koch SJ 10

## GPA-Konferenz

Bei der Landeskonferenz der GPA - Jugend (Gewerkschaft der Privatangestellten) wurde Gerald Gerstbauer als Vorsitzender bestätigt. Wir gratulieren.

Doch wollen wir nicht nur gratulieren, sondern auch kritisieren. Dieses scheint in der GPA-Jugend, zumindest öffentlich, nicht allzu üblich. Oder sind wirklich alle so zufrieden, wie sich das in den "historischen Ostblockwahlergebnissen" von annähernd 100% ausdrückt?

Nach Gesprächen mit einzelnen GPA-lern läßt sich das nicht bestätigen. Es liegt eher daran, daß jede Jugendgruppe für sich

allein arbeitet, und die Kollegen des Landesjugendvorstands, wenn überhaupt nur persönlich, selten aber politisch bekannt sind.

Doch im Verhältnis zum ÖGB sind die Strukturen in der GPA-Jugend noch sehr gut, wie überhaupt die GPA, und hier vor allem die Jugend, wohl den kämpferischsten Anspruch von allen Gewerkschaften hat. Die GPA-Jugend marschiert z. B. aller Wahrscheinlichkeit nach als einzige Gewerkschaftsjugend beim Fackelzug der Wiener Jungen Sozialisten mit. Die anderen wurden von der Losung des dies-

jährigen Fackelzugs "Abschaffung des Bundesheers" anscheinend abgeschreckt.

Doch das soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die GPA-Jugend bis jetzt ihre Möglichkeiten noch lange nicht voll ausgeschöpft hat. Viel mehr junge Arbeiter und Angestellte könnten mit offensiverem Vorgehen, vor allem in den Berufsschulen, gewonnen werden. Das einzige, was man dort von der GPA hört, ist der alljährliche Berufsschulwettbewerb, dessen alleinige Ziel es zu sein scheint, die GPA unbeliebt zu machen (der Fortsetzung Seite 13

# SPÖ

# Mindestlohn JETZT

Der ÖGB hat mit seinem Vorstoß für die Einführung eines Mindestlohns/Mindestgehalts von 10.000 brutto einen sehr wichtigen Schritt getan. Es ist ein 1. Schritt hin zu einer Verringerung der sozialen Ungerechtigkeit.

In Österreich sind mehr als 400.000 Arbeitnehmer betroffen - mehrheitlich Frauen und Ausländer. Von den im Dienstleistungssektor Körperpflege Tätigen verdienen ca. 55 % weniger als 10.000 brutto. Im Gastgewerbe sind es etwa 40% und in der Textilindustrie wären davon 51% betroffen.

## Geschockte Unternehmer

Die Wirtschaft reagiert mit Empörung und meint, das wäre viel zu teuer - würde die österreichische Wirtschaft quasi ruinieren. 11 Milliarden Schilling würde ein Mindestlohn von 10.000 brutto mehr kosten, sagt das Wirtschaftsförderungs-institut -die Handelskammer errechnete sogar 20 Milliarden. Dieser Mindestlohn würde insgesamt zu einer Erhöhung der Lohnsumme um etwa 1,5% führen -bei einem Anstieg der Gewinne der Kapitalgesellschaften und sonstiger Einkünfte aus Besitz und Unternehmen um weit mehr als 10% erscheint das eher zu wenig als zuviel.

Nach dem ersten Widerstand verlegte sich die Unternehmenseite auf eine ganz andere Taktik.

1) seien die Verdienste in

Ländern mit Mindestlohn schlechter als in jenen ohne.

2) solle ein Mindestlohn nicht gesetzlich verankert werden, sondern in den Kollektivvertragsverhandlungen ausgehandelt werden.

3) sei die Einführung eines Mindestlohnes nur durch die Senkung der Lohnnebenkosten und den Verzicht auf die 35-Stunden-Woche finanzierbar.

Daß die Verdienste in jenen Ländern, die bereits einen Mindestlohn haben (z.B. USA, GB, Spanien, Griechenland, Portugal...) niedriger sind als in jenen ohne (z.B. BRD, Schweden, Österreich...), bedeutet ja nicht, daß die Einführung eines solchen das Lohnniveau drücken würde. Die Lohnsituation in jenen Ländern hat andere Ursachen, wie eine schlechte wirtschaftliche Lage und schwache und/oder zersplitterte Gewerkschaften. In Österreich wäre es keine Verschlechterung sondern für 400.000 Arbeitnehmer eine Verbesserung.

Das Argument, man solle das in den Kollektivvertragsverhandlungen regeln, ist der Versuch, die Arbeitnehmer zu spalten. Denn manche Branchen liegen bereits über dieser Grenze (z.B. Metalller), während andere Erhöhungen bis zu 40 % benötigen (Teile der Textilindustrie).

Das letzte Hintertürchen, das sich den Unternehmern bietet, ist die Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten. Staatssekretär Günther Stummvoll fordert eine weitere Senkung der

Arbeitslosenversicherungsbeiträge (müssen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen bezahlt werden), die mit Mitte 90 schon auf 4,4% gesenkt werden. Gleichzeitig lehnen die Unternehmer aber auch die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe ("Maschinensteuer") und die Einführung der 35-Stunden-Woche ab. Sie sind also nicht bereit, die Gewinne weiterzugeben, die durch den vermehrten Einsatz von Maschinen erzielt werden (= Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen und somit Senkung von Lohn- und Lohnnebenkosten). Sie verlangen die Reduzierung der Lohnnebenkosten, was zu einer Verschlechterung der sozialen Situation führen würde, da die Lohnnebenkosten größtenteils für Sozialleistungen verwendet werden. Alle Vorschlä-



## Die Kampagne

Eine Mindestlohnkampagne bietet der SPÖ die Möglichkeit, zu zeigen, wessen Vertretung sie wirklich ist. Sie darf sich allerdings weder auf Lippenbekanntnisse noch auf faule Kompromisse einlassen.

Von vielen Arbeitnehmern, die mehr als diesen Mindestlohn verdienen, kommt Widerstand. Sie befürchten, durch ein Anheben der anderen Löhne und Gehälter Nachteile zu haben. Es besteht sogar die Möglichkeit, daß ein gewisser Neid auf jene, die dann mehr haben, aufkommt. Es ist ein ganz wesentlicher Teil einer solchen Kampagne, dagegen anzukämpfen, und Solidarität für die sozial Schwächeren zu schaffen.



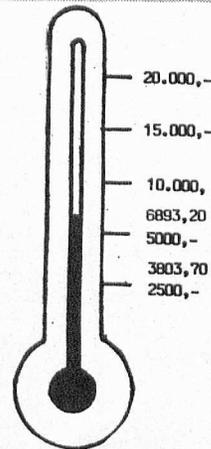
Niedrigstlöhne für Frauen

## Sinnvoller Mindestlohn

Die Einführung eines Mindestlohnes allein genügt aber nicht. Es würde zu einem weiteren Ansteigen von Mieten und Lebenshaltungskosten kommen und über kurz oder lang würde das Lohn-Preis-Verhältnis genauso sein wie jetzt. Mit dem einzigen Unterschied, daß noch mehr Leute davon negativ betroffen wären, da jene Löhne, die über dem Mindestlohn liegen, nicht schnell genug angehoben werden würden. Das würde zu einem Angleichen der Löhne führen -allerdings nach unten! Ein Mindestlohn ist also nur dann sinnvoll, wenn er mit Mietstopp und Preisbindungen verbunden ist und ständig an die steigenden Lebenshaltungskosten und etwaige Kürzungen von Sozialleistungen angepaßt wird.

## KAMPFOND

Das derzeitige Kampffondergebnis von ÖS 6893,2 konnten wir nur dank der zahlreichen Unterstützung, die wir von Arbeitern und Jugendlichen erhalten haben, erreichen. Wie konnten auf einem Bundesheerreformfest 43 Zeitungen verkaufen. Auf einer Veranstaltung der SPÖ zum Thema "100 Jahre 1.Mai" im Konferenzzentrum verkaufte Jimmy Müller (SJ 20) 12 Zeitungen. Aber auch zahlreiche Einzelspenden haben uns erreicht - Andi Pittler (SJ 5) spendete erneut 100.-. Wir wollen auf diesem Weg allen Spendern danken. Doch ist das noch lange nicht genug. Jetzt, wo der Wahlkampf beginnt, haben wir zahlreiche Extraausgaben. Keine Spende ist zu groß keine zu klein. Wir sind auf Eure Spenden angewiesen, da das unsere einzige Finanzierung ist. Unseren derzeitigen Standkonten wir aufgrund Eurer Spenden erreichen. Unterstützt VORWÄRTS - unterstützt den Aufbau eines starken sozialistischen Flügels innerhalb von SPÖ, SJ und Gewerkschaften.



Spendenkonto  
PSK 8812733

Sonja Grusch SJ 10

# Nationale Frage

## Fortschritt oder Reaktion?

Die nationale Frage gewann im Laufe der politischen Revolutionen in Osteuropa zunehmend an Bedeutung. Es wird immer offensichtlicher, daß der Stalinismus nicht in der Lage war, diese (eigentlich bürgerlichen) Aufgaben zu lösen. Was sind nun die Ursachen für die nationalen Auseinandersetzungen und welche Perspektiven gibt es?

Die Klassiker des Marxismus (Marx, Engels, Lenin, Trotzki) betrachteten diese Fragen von Anfang an von einer anderen Seite als die bürgerlichen Theoretiker. Die Hauptursache der Unterdrückung von großen Teilen der jeweiligen Bevölkerung liegt nicht in der nationalen Zugehörigkeit, sondern im Zugang zum Besitz bzw. zur Verwaltung von Fabriken, Rohstoffen ect.

Nationalismus und nationale Frage sind bedingt durch Eigentumsverhältnisse, soziale Lage und politisches Bewußtsein. Nationale Unterdrückung war immer ein Mittel der jeweils herrschenden Schicht um Teile der Arbeiterklasse gegeneinander aufzuhetzen. So wird die Arbeiterschaft von den eigentlichen Ursachen der Unterdrückung abgelenkt. Abgesehen von der Situation BRD/DDR gilt das in allen Ländern, in denen sich derzeit die nationale Frage stellt.

### Die Bolschewiki und die nationale Frage

Wie kann dieses Problem aus marxistischer Sicht gelöst werden? Die Vorgangsweise der russischen Marxisten (Bolschewiki) ist dafür ein gutes Beispiel. Das zaristische Rußland wurde als Gefängnis der Nationen betrachtet. Die weit über hundert Völker wurden vor 1917 vom russischen Zarismus unterdrückt. Bei der Oktoberrevolution 1917 wurden die sozialen Forderungen mit dem Recht auf Selbstbestimmung, Gleichheit und Souveränität aller Völker Rußlands, freie Selbstbestimmung bis hin zur Lostrennung und Bildung eines selbstständigen Staates, Abschaffung sämtlicher nationalen und religiösen Privilegien und Einschränkungen verbunden. So etwa vollzogen die baltischen Staaten und Finnland ab 1917 die Loslösung von der UdSSR ohne bewaffnete Intervention durch



Wirtschaftliche Rückständigkeit als Ursache für nationale Konflikte

die Bolschewiki. Die Bolschewiki erkannten, daß die soziale Revolution nicht gewaltsam exportiert werden kann, daß aber andererseits Sozialismus nur im internationalen Rahmen durchsetzbar ist. Dadurch, daß sie uneingeschränkt das Recht auf nationale Selbstbestimmung proklamierten, gewannen sie breite internationale Unterstützung. Auf diese Art drängten in vielen, vom alten Rußland ehemals unterdrückten, Nationen die Arbeiter und Bauern auf Anschluß an Sowjetrußland.

### Stalinismus

Durch die Isoliertheit und Rückständigkeit der Sowjetunion kam es aber seit Anfang der 20er Jahre zu einer immer stärkeren Bürokratisierung von Staat und Gesellschaft, welche mit dem Sieg des Stalinismus endete. Die Ideen Lenins und der Bolschewiki wurden verraten. Die bürokratische Konterrevolution machte sich gerade beim Nationalitätenproblem besonders bemerkbar. Gewachsene Kulturen wurden durch Deportation und Russifizierung zerstört. 1940 erfolgte die gewaltsame Annexion der baltischen Staaten. Somit ist das heutige Bestreben nach Loslösung verständlich, doch wären diese Staaten wirtschaftlich nicht lebensfähig, da sie zu sehr mit der UdSSR verbunden sind und international nicht konkurrenzfähig wären. Im Süden (z.B.

BRD - DDR

Aserbeidschan) gehen die Auseinandersetzungen zu einem Großteil auf soziale Unsicherheit und die Aufhetzung durch die örtlichen Behörden zurück. Wieder einmal mußte ein Prügelknabe für die soziale und wirtschaftliche Misere gefunden werden - und dazu "eignet" sich sehr gut das Nachbarvolk. Ähnlich stellt sich das Problem in Rumänien. Die (nicht gewählte) Regierung läßt zuerst die rumänischen Nationalisten gegen die ungarische Minderheit in Siebenbürgen hetzen - und "sieht sich bald gezwungen, Militär für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung" einzusetzen. Ein gutes Mittel, um gleichzeitig die gesamte Opposition zu kontrollieren!

### Im Westen nichts Besseres

Im Westen und besonders in der sogenannten 3. Welt ist die nationale Frage insbesondere bei wirtschaftlicher Rückständigkeit und schwachen Nationen akut. Dort war das Bürgertum nicht in der Lage die Aufgaben der bürgerlichen Revolution (nationale Einheit und Unabhängigkeit, Rede-, Presse- und Meinungsfreiheit) gegenüber den entwickelten, imperialistischen Staaten (GB, Frankreich, USA, Deutschland,...) durchzusetzen. Der Nationalismus dient hier der Spaltung der Arbeiter.Baske oder Spanien zu sein, scheint wichtiger als Arbeiter oder Unternehmer. Als Länderbeispiele seien nur Spanien, Nordirland, Zypern oder die "3-Welt" Indien-Pakistan erwähnt. Bei genauerer Analyse stellt sich immer wieder (in verschiedenen Abstufungen) ein völlig zurückgebliebenes Wirtschaftssystem (halbfeudal) und ein schwaches Bürgertum verbunden mit den Großgrundbesitzern als Ursache für diese nationalen Spannungen heraus. Dort kann die einzige Lösung nur eine, von den Arbeitern und Bauern durchgeführte, Revolution sein. Sie muß sowohl die bürgerlichen als auch die sozialen Grundrechte sichern.

In Deutschland stellt sich die nationale Frage nicht im klassischen Sinn. 1989 markierte den Beginn der politischen Revolution gegen die Bürokratie. Die Öffnung der Grenzen am 9.11.89 stellte einen gewaltigen Sieg der Massen dar. Doch wegen des Fehlens eines konkreten Programms zur Vervollendung der politischen Revolution, setzten sich die Illusionen auf eine radikale Steigerung des Lebensstandards durch eine schnelle Vereinigung durch. Während das stalinistische Regime zerfällt, hat das westdeutsche Kapital ein Interesse, die Lage in der DDR zu stabilisieren (Übersiedler, soziale Kämpfe). Der Druck der Massen, die politische und wirtschaftliche Situation sind verantwortlich für den Schwenk des Kapitals auf einen radikalen Wiedervereinigungskurs. Die BRD als drittstärkste imperialistische Macht kann sich auf Grund des derzeitigen Aufschwungs diese Politik leisten. Die Vereinigung auf kapitalistischer Basis würde jedoch zur Restauration des Kapitalismus auf DDR-Boden führen, die Kosten müßten die Arbeiter in Ost und West bezahlen. Die DDR Arbeiter würden als Lohndrücker gegen ihre Kollegen in der BRD verwendet werden, in beiden Staaten werden mit dem Argument "Einheit" soziale Leistungen fallen. Trotzdem ist die kapitalistische Vereinigung keine abgeschlossene Sache. Entscheidend werden die Kämpfe der Arbeiterklasse sowie die Wirtschaftsentwicklung der BRD sein. Es zeigt sich, daß die Kapitalisten die wahren Unterdrücker sind, die die Bedingungen für eine nationale Vereinigung diktieren. Deshalb ist wichtig, die sozialen Errungenschaften in der DDR gegen das Kapital und die Stalinisten zu verteidigen.

### Sozialismus statt Nationalismus

In den kapitalistischen Industrieländern wird die Bevölkerung

erst dann über ihre nationale Vereinigung wunschgemäß bestimmen können, wenn nicht mehr die nationalen Kapitalisten über ihren Köpfen international im Kampf gegeneinander stehen, und so die nationale Frage nur zur Spaltung der Arbeiterklasse (GB-Irland) benützen. Nationale Erhebungen entzünden sich an den realen politischen und sozialen Problemen und werden aber, wenn keine revolutionäre Führung vorhanden ist, in eine falsche, "unreife", nationalistische Bahn gelenkt. Die Aufgabe für Marxisten besteht daher darin, stark genug zu werden, um die Führung in diesen "unreifen" Kämpfen der herrschenden Klasse oder der Bürokratie zu entreißen und die Bewegung in eine "reife" und sozialistische zu verwandeln.

Thomas Mann SJ 5  
John Evers SJ 5

### **Impressum**

**Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:**  
Andrea Koch  
Grenzackerstr.19/9/4 1100 Wien  
Druck: A. Riegelnik  
Piaristeng. 19 1080 Wien  
Erscheinungsort: Wien



**\*\*ACHTUNG\*\*\*ACHTUNG\*\*\*ACHTUNG\*\*\***

Bei der letzten Landeskonferenz der Sozialistischen Jugend Wien wurde die SJ-Antifaschismus Kommission gegründet. Die erste Aktion an der die SJ-Antifa Gruppe teilnahm, war die Demo am 20.April, die die Antifa-Gruppe auch mitorganisierte.

Weitere Informationen bei der SJ-5, der SJ8 und der VORWÄRTS-Redaktion.

Walid Al-Khalily SJ 8

# Gewerkschaft in die Offensive



VORWÄRTS berichtet immer wieder über die zunehmende Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Arbeitnehmer sehen sich allzuoft schutzlos den Angriffen der Unternehmer auf ihre erkämpften Rechte ausgeliefert. Welche Rolle hat eine starke Gewerkschaft zu spielen, um unsere Rechte zu verteidigen und unsere Interessen zu vertreten?

Die derzeitige Situation im ÖGB frustriert viele Mitglieder. Die österreichische Gewerkschaft ist eine staatstragende Institution. Seit dem Ende des 2. Weltkriegs agiert die Führung des ÖGB, wie sie sagt, zum "Wohle Österreichs". Die Institution "Sozialpartnerschaft", die von der ÖGB-Führung noch immer aufrechterhalten wird, verlagerte die Auseinandersetzung Arbeit gegen Kapital an den grünen Tisch, hinter geschlossene Türen. Die Arbeiterbewegung wurde so ihrer stärksten Kampfmittel beraubt. Es hat Streiks und Arbeitskämpfe gegeben, aber die ÖGB-Führung hat immer versucht, diese Kämpfe einzuschränken und stattdessen (faule) Kompromisse mit den Unternehmern einzugehen.

Heute ist der ÖGB ein großer Apparat von Funktionären und Institutionen, eine starke Organisation, finanziell und gesetzlich abgesichert. Die

bürokratischen Strukturen der Gewerkschaft hemmen aber die Kraft der Arbeiterschaft. Viele Funktionäre des ÖGB und der Arbeiterkammer sind verwickelt in Ämteranhäufung und Privilegienwirtschaft. Viele von uns haben schon Bekanntschaft mit dem bürokratischen Apparat gemacht, wenn wir Kritik geübt haben. Und doch ist die Gewerkschaft in den letzten Jahren in Bewegung gekommen. In vielen Bereichen stehen Gewerkschafter und Betriebsräte an der Front im Kampf um mehr Rechte und Verbesserung der Arbeitssituation. Das Pflegepersonal in den Spitälern steht nach wie vor im Kampf um mehr Geld, mehr Leute und bessere Ausbildung. Die Ladenschlußaktion der GPA hat etwa 500.000 Unterschriften gebracht. Viele Gewerkschaftsmitglieder engagierten sich zum ersten Mal. Der Steyr-Streik zeigte die Kampfbereitschaft der Verstaatlichten Arbeiter. Und doch versagte die ÖGB-Führung, sie verabsäumte es bis jetzt, die Kämpfe der verschiedenen Gewerkschaften zu vereinen und voranzutreiben - die Probleme hängen oft sogar direkt miteinander zusammen.

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche wird zwar offiziell erhoben, aber der ÖGB macht keinen Druck, um dem Ziel näherzukommen. In den Verhandlungen mit den Unternehmern wird

die Arbeitszeitverkürzung immer wieder verschoben. Wenn die ÖGB-Führung zaudert oder offensichtlich nicht die Interessen ihrer Mitglieder vertritt, müssen wir Druck auf sie ausüben. An der Arbeitszeitverkürzung führt kein Weg vorbei, um den 1. Schritt zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu tun. Nachdem in der Gewerkschaft der Ruf nach einem generellen Mindestlohn immer lauter wurde, trat nun auch ÖGB-Präsident Verzetnitsch mit der Forderung nach einem Mindestlohn von 10.000,- brutto an die Öffentlichkeit. Zur Zeit verdienen noch ca. 400.000 Arbeitnehmer, vor allem in der Bekleidungsindustrie und -gewerbe, im Fremdenverkehr und im Bereich Dienstleistungen und Handel, weniger. Davon sind rund 280.000 Frauen betroffen. Die ÖGB-Führung feierte bereits die Steuerreform als Sieg, aber angesichts der großen Umverteilung von unten nach oben, ist das wohl nur Propaganda. Die Lohnquote fällt weiter zurück.

Die Forderung nach 10.000,-

Mindestlohn kann jetzt doch nur als Eingeständnis der verfehlten Lohnpolitik des ÖGB gewertet werden - das sollten wir offen aussprechen. Abgesehen davon, daß dieser Mindestlohn auf die gering ist, macht Verzetnitsch einen Rückzieher und will den Kampf um einen Mindestlohn auf die Kollektivvertragsverhandlungen beschränken. Aber wie anders als mit politischen wie gewerkschaftlichen Massenaaktionen sollten wir die Unternehmer zwingen, mehr Lohn zu zahlen. Nach den letzten Erfahrungen müssen wir klar feststellen, daß diese ÖGB-Führung keine Offensive starten wird. Um unsere Ziele zu erreichen, brauchen wir eine kampfbereite Führung.

Die Privatisierung des verstaatlichten ÖIAC-Konzerns ist eine Niederlage für die Gewerkschaft. Die Zerschlagung und Privatisierung des Konzerns wird nicht nur den ÖGB schwächen, die Belegschaft wird schlechteren Arbeitsbedingungen ausgesetzt sein. Oft muß man das Gefühl haben, daß die ÖGB-Spitzenfunktionäre völlig abgehoben von ihren Mitglieder Entscheidungen treffen. Jede unerwünschte Kritik oder Anregung wird ignoriert oder bekämpft. Die Demokratie von unten wird nur allzuoft durch bürokratische Regeln verhindert, die Funktionäre haben keine Rechenschaftspflicht gegenüber den Mitgliedern. Das Einkommen der Funktionäre des ÖGB und der AK ist vielfach weit höher als das der einfachen ÖGB-Mitglieder. Obwohl der Organisationsgrad der österreichischen Gewerkschaft hoch ist, gibt es im Allgemeinen kein "Gewerkschaftsbewußtsein". Der ÖGB-Apparat sieht sich auch selbst nur als eine Interessensvertretung, zuständig für KV-Verhandlungen, Rechtsschutz und Informationen.

Doch der ÖGB muß mehr sein: Eine Gewerkschaft konzentriert die organisatorischen Kräfte der Arbeiterbewegung und kann dadurch Macht ausüben. Sie hat die Pflicht, alle sozialen Interes-

sen und Rechte der Arbeiter zu schützen. Und noch mehr: Die Gewerkschaft muß an der Spitze aller Kämpfe um mehr Lohn, mehr Arbeitsplätze, um Arbeitszeitverkürzung und um bessere Lebensbedingungen stehen. Auch wenn dies allgemein klingt, so muß diese grundsätzliche Auffassung Leitfaden unserer täglichen politischen Arbeit sein. Das führt zu einer weiteren Konsequenz: Eintreten in den ÖGB, mitarbeiten und verändern! Wir müssen die "alten" Kampfmethoden der Arbeiterschaft wieder neu aufbauen. Die Verhandlungen mit den Unternehmern sollten in der Öffentlichkeit geführt werden. Die Beteiligung der Mitglieder an der Gewerkschaft muß durch weitgehende Demokratie innerhalb des ÖGB gefördert werden.

Mit den Privilegien für ÖGB- und AK-Funktionäre muß Schluß sein. Alle Funktionäre sollen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhalten. Der ÖGB muß alle organisatorischen und finanziellen Kräfte bei wichtigen Kämpfen einsetzen, das schließt auch Massendemonstrationen und Streiks ein. Jede weiteren faulen Kompromisse mit den Unternehmern (z.B. Ladenschluß) schaden nur der Arbeiterbewegung. Jede Auseinandersetzung müssen wir weitertreiben, bis wir alle Teile der Arbeiterschaft erreicht haben, bis die Gewerkschaftsbewegung wieder als Kampforganisation der Arbeiter voll anerkannt wird.



Die ÖGB-Führung kündigte an, sich in der nächsten Zeit besonders mit der Arbeitslosigkeit und dem Umwelt- und Gesundheitsschutz zu beschäftigen. Eine Neuorientierung des sozialen Sicherheitssystems soll ein weiterer Schwerpunkt sein. In den Schubladen der Gewerkschaft-

ten und der AK liegen viele gute Untersuchungen und Vorschläge, aber das ist nicht das Problem: Die ÖGB-Führung hat nicht den Willen, fortschrittliche Forderungen durchzusetzen und dafür alle Kampfmittel einzusetzen. Konferenzen, Enqueten und Pressekongresse sind wichtig, aber letztendlich wird uns nur die Straße Erfolg bringen!

Arbeitet mit uns in den Organisationen der Arbeiterschaft, um ein sozialistisches Programm durchzusetzen!

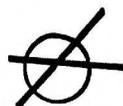
Thomas Kerschbaum SJ 10

**UNTERSTÜTZT DIE KAMPAGNE FÜR EINE SOZIALISTISCHE POLITIK!**

Genauso wichtig wie die Kritik an der SPÖ-Führung ist ein aktives Eingreifen in den Wahlkampf. Genossen/innen aus der Sozialistischen Jugend Margareten haben aus diesem Grund die Kampagne für eine sozialistische Politik ins Leben gerufen. Im Rahmen von vier Schwerpunkten (Lehrlinge und Schüler, Europa, Wohnen, SPÖ) wurden jeweils ausführliche Informationsblätter erstellt. Zu jedem Bereich finden auch im Laufe des Wahlkampfes mehrere Veranstaltungen statt. Den Kernpunkt der Kampagne stellt eine Unterschriftenliste dar, in der zu einem grundsätzlichen sozialistischen Kurswechsel der SPÖ aufgerufen wird. Alle Sozialisten/innen, insbesondere SJ Mitglieder, sind aufgefordert, die Kampagne aktiv durch Unterschriftensammeln zu unterstützen. Für eine starke sozialistische SPÖ und eine nach "außen" orientierte SJ!

Unterschriftenlisten bei der Redaktion anfordern und ausgefüllte Listen bitte an VORWÄRTS einsenden!

**DARUM:**



**SPÖ wählen**

**SPÖ verändern**

## Asoziale Marktwirtschaft

Nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Diktaturen in Osteuropa dröhnt es jetzt von allen Seiten (außer von unserer): "Zur Marktwirtschaft gibt es keine Alternative."

Denn sie vereinigt angeblich Effizienz, bedürfnisorientierte Produktion und hohe Produktivität mit sozialer Gerechtigkeit. Weshalb sie auch liebevoll soziale Marktwirtschaft genannt wird.

Unserer Meinung nach ist es Zeit, Bilanz zu ziehen, wie sozial die Marktwirtschaft eigentlich ist. Nachdem wir in unserer letzten Nummer schon das Scheitern des Modells Schweden aufgezeigt haben, wollen wir nun den österreichischen Wohlfahrtsstaat unter die Lupe nehmen.

Wütet ihr beispielsweise schon, daß sich das nominelle Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitenden zwischen 1970 und 1985 nur verdreifachte, während die Besitzeinkommen um das 8-fache gestiegen sind? Daß der Anteil der Steuern auf Löhne und Gehälter heute um die Hälfte höher liegt als vor 20 Jahren, während die Besteuerung der Selbstständigen um die Hälfte gesunken ist? 2/3 aller GesmbH's und AG's zahlen überhaupt keine Steuern. 1985 nahmen die Rentiers (das sind Bezieher von arbeitslosen Einkünften wie Zinsen sowie Einkünfte aus Verpachtungen) über 80 Millionen öS ein, genauso viel wie die 800.000 Arbeitenden, die am schlechtesten verdienen. Von gerechter Einkommenspolitik kann in Österreich keine Rede sein. Im Jahre 1988 stiegen die Gewinne der Kapitalgesellschaften um 14,3% und sonstige Einkünfte aus Besitz und Unternehmungen um 12%. Die Bruttogehälter für Unselbstständige wurden lediglich um 3,4% erhöht. Zieht man vom Nettomaseneinkommenszuwachs noch die Inflationsrate ab, so verblieb ein realer Einkommenszuwachs von

0,7%. Auch die Lohnquote, der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, nimmt mit 70,7% den niedrigsten Stand seit 1974 ein. 2/3 der Arbeiterhaushalte mit 3 oder mehr Kindern müssen mit einem gewichteten (!) Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 4200 öS auskommen. Jeder 10. Arbeitnehmer, insgesamt 500.000 Personen, leben unter der Armutsgrenze. 1/3 der Arbeiterinnen haben ein Gehalt von weniger als 5.300 öS netto. Ein besonders krasses Beispiel, das die Phrasen über die Gerechtigkeit in der freien Marktwirtschaft als Lüge demaskiert, ist wohl die Tatsache, daß die durchschnittliche Lebenserwartung eines Hilfsarbeiters um 5 Jahre geringer ist als die eines Mittelstandsangehörigen. Auch die These über die Gleichberechtigung der Frauen wird bei einer Konfrontation mit der Realität über den Haufen geworfen, denn das durchschnittliche Einkommen der Männer lag 1985 1/3 über dem der Frauen.

Selbst eine Wohnung ist hier nicht jedem gegönnt. Nicht nur, daß zu wenig Wohnungen gebaut werden, es stehen 100.000 leer, 53.000 davon aus Spekulationsgründen. Die Spekulation kostet also immer mehr Menschen das Dach über dem Kopf. Die 10.000 Obdachlosen Wiens sind also im Wohlfahrtsstaat Österreich auf Parkbänke, U-Bahnstationen,

Toreinfahrten und Asyle angewiesen, während die Hausherrn aus Profitgier Wohnsubstanz ungestraft verfallen lassen. Immer mehr Leute können sich die Mieten nicht mehr leisten. Das ist auch kein Wunder, denn im letzten Jahrzehnt sind die Mieten um 300% gestiegen, die Löhne hingegen nur um 60%. Mieten und Betriebskosten sind sogar in den sogenannten Sozialbauten so hoch, daß diese Belastung das Familienbudget zum Reißen anspannt. Daß im freien Westen vielen das Recht auf Arbeit verwehrt wird, ist ja allgemein bekannt. Selbst jetzt mitten in der "Hochkonjunktur" beträgt die Arbeitslosenrate 5%. Die große Mehrheit von diesen Arbeitslosen nagt buchstäblich am Hungertuch. 2/3 der arbeitslosen Frauen müssen mit weniger als 4.500 öS auskommen, der Hälfte der arbeitslosen Männer stehen weniger als 5.000 öS zur Verfügung. Wie soll man davon Wohnung, Kleidung und Verpflegung finanzieren? Nur 5% bekommen das höchste Arbeitslosengeld von 10.500 öS. Durchschnittlich beträgt die Arbeitslosenunterstützung 52% des letzten Einkommens. Selbst hier sind die schlechter Verdienenden stark benachteiligt.

60% der arbeitslosen Frauen leben unter der Armutsgrenze, bei den Männern sind es "nur" 20%. Auch das Vorurteil, daß



Trotz "Aufschwung" 5% Arbeitslose

## KLIMAKATASTROPHE

- KAPITALISTEN SEHEN ZU -



Steht ihr bald das Wasser bis zum Hals?

In Washington hat im April eine zweitägige Konferenz über die Klimaveränderungen auf der Erde stattgefunden. Nach Meinung zahlreicher Wissenschaftler wird die weltweite Veränderung des Klimas einschließlich des globalen Anstiegs der Temperaturen und des Meeresspiegels sowie die Zerstörung des Ozonschuttschildes zur größten Umweltproblematik der nächsten Jahrzehnte führen.

Auf Einladung von US-Präsident George Bush nahmen Umweltminister, Ökologieexperten und Wirtschaftsfachleute aus 18 Nationen einschließlich der EG und der OECD an der Konferenz teil. Die Gastgeberrolle der USA mutet aber als Heuchelei an, da es gerade die Delegation der Vereinigten Staaten war, die bei der letztjährigen Konferenz in den Niederlanden mit Hilfe Japans einen entscheidenden Entschluß zu Fall gebracht hat. Dieser Entschluß hätte vorgesehen, den Ausstoß von Kohlenmonoxiden bis zur Jahrtausendwende auf dem Stand von 1988 zu stabilisieren. Man bedenke, daß nur eine sofortige drastische Drosselung der CO<sub>2</sub>-Emissionen (die mit zu den wichtigsten Auslösern des Treibhauseffektes gehören), in Verbindung mit anderen Maßnahmen, die Katastrophe noch abwenden bzw. hinauszögern könnte. Aber die Damen und Herren aus den oberen Etagen und Hampelmänner

des Kapitals konnten sich nicht einmal zu einer Beibehaltung des Status Quo ohne weitere Emissionszuwächse entschließen. Nicht einmal diese symbolische und ohnehin unzureichende Forderung der Ökologen konnte durchgesetzt werden! Zur Begründung hatten die USA angeführt, es müsse erst "völlige Klarheit über Ursache und Wirkung" geben, ehe die Wirtschaft mit Unkosten in Milliardenhöhe belastet werden könne.

Diese verantwortungslose Vorgangsweise zeigt einmal mehr, daß es den Kapitalisten nicht um das Wohl der Bevölkerungsmasse, sondern ausschließlich um die Wahrung ihrer eigenen finanziellen Interessen geht. Da sie selbst nur Funktionäre des marktwirtschaftlichen Systems sind, und somit kapitalistischen Sachzwängen unterworfen, können sie die Entwicklung nicht mehr wirklich erneuernd beeinflussen. Die Folge ist völlige Inflexibilität und die Unfähigkeit, Maßnahmen zu ergreifen. Die kapitalistische Profitwirtschaft ist zu einer realen Bedrohung für die gesamte Menschheit geworden. Leidtragende werden aber die arbeitenden Menschen sein! Sie werden die zu erwartende Verschlechterung der Lebensbedingungen am härtesten zu spüren bekommen. Sie sind nicht finanzkräftig genug, um ihre Häuser vor Springfluten zu schützen oder um Fachärzte für Hautkrebs zu konsultieren.

Die zynischen und gleichgültigen Teilnehmer der Klimakonferenz, die sich wieder als unfähig erweisen, konkrete Schritte zu setzen, werden wohl erst "völlige Klarheit über Ursache und Wirkung" haben, wenn die Freiheitsstatue bis zum Hals unter Wasser steht.

Hannes Gallner SJ 5

der, der Arbeit finden will, auch einen Job findet, ist nicht haltbar, denn 1989 kam auf 4 Arbeitslose nur eine offene Stelle. Im Übrigen werden 80% aller offenen Stellen binnen 4 Monaten besetzt. Bei den Subventionen wird den Unternehmern auch um vieles kräftiger unter die Arme gegriffen als den Bedürftigen. Denn zur Linderung der Not von Obdachlosen, Arbeitslosen, kinderreichen Familien und anderer bedürftiger Gruppen werden pro Jahr nur 700 Millionen öS aufgewendet. Für die Unternehmer andererseits wird bei weitem mehr Geld locker gemacht. Steuererleichterungen und Wirtschaftsförderungen machen jährlich 100 Mrd öS aus. Die Subventionen für die Verstaatlichte wirken demgegenüber fast bescheiden.

Angesichts dieser Fakten ist es für die Völker Osteuropas ratsam, sich nicht den kapitalistischen Profitgeiern zu unterwerfen, nachdem sie die stalinistischen Bürokraten an die Wand gedrückt haben.

David Mum SJ 23

**Armutsgrenze:** Existenzminimum beträgt 4.700 öS. Mehrpersonenhaushalte brauchen pro Kopf entsprechend weniger. Kindern bis zum Alter von 6 Jahren wird ein Drittel dieser Summe gebilligt, nicht berufstätige Erwachsene wie Hausfrauen zählen 70%. Je nach Familiengröße ergibt sich dann das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen.



# REGENWALD

## Profitgier zerstört unsere Zukunft

Die Fakten der unvorstellbaren Zerstörung der natürlichen Umwelt können nicht einfach nur aufgezählt werden. Die Bilanz der Vernichtung des Regenwaldes ist ungläublich und erschütternd. Die Verantwortlichen sitzen in den Chefetagen der Unternehmen und Multis, es sind die Herrschenden und Reichen der Industrie- und Entwicklungsländer.

Die Abholzung der Regenwälder in Lateinamerika und Asien hat weitreichende Konsequenzen. Vorweg muß man eines sagen: die tragischen Auswirkungen der Umweltzerstörung sind das Produkt der kapitalistischen Wirtschaft - sie zwingt die Menschen der sogenannten "3. und 4. Welt" in Armut und Elend und zu menschenunwürdiger Arbeit, die noch dazu die Umwelt unwiderruflich zerstört. Noch sind die Auswirkungen des Verschwindens des riesigen Waldbestandes nicht klar abzusehen. Das Klima wird sich ändern, Klimazonen werden sich verschieben und öde Landstriche und Wüsten werden sich weiter ausdehnen. Abgesehen von den klimatischen Folgen verändern sich die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen. Der Kapitalismus beutet den Menschen und die natürlichen Rohstoffe erbarmungslos aus, das Leben wird für die Menschen in den Entwicklungsländern immer unerträglicher.

Die Industriestaaten, allen voran die USA, Japan und die BRD, haben den Staaten in Lateinamerika und Asien durch wirtschaftliche Abhängigkeit und Kredite ihre Wirtschaftspolitik aufgezwungen und beuten sie aus. Der Regenwald von Brasilien steckt voller wertvoller

Rohstoffe: Erze, Gold, Öl und Edelhölzer für den westlichen Kapitalismus. 40% der Erzimporte für bundesdeutschen Stahl kommen aus einem riesigen Erzrevier in Nordbrasilien. Ein brasilianisches Staatsunternehmen beutet die Region aus - der Staat muß schließlich die Zinsen der Zinsen der Kredite an die westlichen Industriestaaten zahlen. Auch die Verarbeitung des Eisenerzes erfolgt teilweise in Brasilien. In tausenden von kleinen Köhlerhütten wird der Wald zur Holzkohle, damit werden die Hochöfen beheizt. Eine ungläubliche Verschwendung, denn Holzkohle hat einen niedrigen Heizwert - und der Preis für Roheisen ist niedrig. Von der brasilianischen Regierung ist ein riesiger Industriekomplex im Regenwald geplant. Eine trügerische Hoffnung, denn um eine Tonne Gußeisen herzustellen, sind vier Tonnen Holzkohle nötig. Bei der angestrebten Jahresproduktion von 2,5 Millio-



Riesige Flächen des Regenwaldes werden gerodet

nen Tonnen wären die Urwaldbundesstaaten von Brasilien in 25 Jahren baumlose Einöde. Wer bezahlt den Kahlschlag? Millionen Dollar Kredite machen die Weltbank und der Internationale Währungsfonds locker, um diese Gebiete auszubeuten. Die Arbeiter der Minen, die Köhler und die Bewohner der Slums haben nichts von der wirtschaftlichen Erschließung des Regenwaldes - außer niedrigen Löhnen, Armut und Umweltbelastung. Die Bahn für den Abtransport des Eisenerzes hat auch tausenden Goldsuchern den Weg in den Regenwald geebnet.

Die Hälfte der Bevölkerung Brasiliens lebt in Armut, und sie wächst jährlich um 2% - Brasilien zählt zu den 10 großen Industrienationen.

Es hat in Brasilien keine Landreform gegeben. Die riesigen landwirtschaftlich genutzten Flächen gehören einer kleinen Zahl von Großgrundbesitzern, Millionen von landlosen Bauern sind Pächter, Tagelöhner und Slumbewohner. Um die sozialen Konflikte zu entschärfen, verspricht man 40 Millionen Brasilianern Land im Urwald. Aber der gerodete Wald gibt nur eine erbärmliche Ernte her, es müssen Pestizide und Dünger eingesetzt werden. Dann ziehen die Bauern weiter, und der brandgerodete und unfruchtbare Boden bleibt wertlos zurück. Die Farmer erkranken an Malaria, die Indianer des Urwaldes sterben an den von den Weißen eingeschleppten Krankheiten. Um einen Kredit von der Staatsbank zu erhalten, müssen die Farmer exportfähige Produkte anbauen. Aber Kakao und Kaffee wachsen z.B. nur mit teuren Pestiziden - und das führt

zu Verschuldung an deren Ende der Verkauf des Landes an die Bank steht. Spekulanten kaufen das Umland und verkaufen es an andere Bauern oder Rinderfarmer, und schließlich ist der Boden endgültig tot. Aber trotz allem sind es nicht die kleinen Farmer, sondern die großen Viehzüchter, die die wirklich großen Flächen roden lassen.

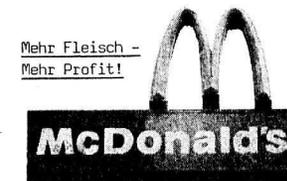
Die Großgrundbesitzer und Viehzüchter verdienen an der Vernichtung des Regenwaldes. Das Land ist billig, das Fleisch läßt sich in den Industriestaaten gut verkaufen und die Viehzucht braucht wenig Arbeitskräfte. Die Viehproduktion zerstört nicht nur den Wald - riesige Gebiete könnten anders sinnvoller genutzt werden. Die Großgrundbesitzer müßten enteignet, das Land an Bauern und Genossenschaften aufgeteilt werden, dann wäre der Zug in die Regenwälder nicht nötig. Der brasilianische Staat finanziert die Viehproduktion mit Steuergeldern und direkter Subvention - eine gute Anlage für Unternehmer. Große Multis und westliche Banken sind maßgeblich an dem Geschäft beteiligt. Wenn die Bauern Brasiliens sinnvolle Pflanzen anbauen würden, könnte die Bevölkerung Brasiliens ernährt werden. Der neue Verkaufsschlager ist Soja, damit in westlichen Mastfabriken die Fleischüberschüsse hergestellt werden können. Großgrundbesitzer erzeugen im Süden von Brasilien in hochtechnisierten Agrarfabriken auf 92% der Fläche Soja. Dort haben einmal Kleinbauern Mais, Reis, Kartoffeln und Bohnen angebaut. An die 3 Millionen Menschen verloren Arbeit und Land, damit sich die Besitzenden bereichern können.

Aufsehen erregt hat der Mord an Chico Mendes, Präsident der Kautschukzapfergewerkschaft, im Dezember 1988. Die rechtgerichtete Vereinigung der Großgrundbesitzer (UDR) ist verantwortlich für die Verfolgung von Gewerkschaftern, denn die Kautschukzapfer wehren sich gegen

die Rodung des Regenwaldes, der ihre Lebensgrundlage ist. Die riesigen unfruchtbaren Viehweiden und die Soja-Monokulturen (93% des Landes) teilen sich 7% der Bevölkerung. Die Kautschukzapfer, Paraußsampler und die Indianer haben eine Organisation gegründet, doch die Großgrundbesitzer bedrohen täglich ihre Gewerkschafter und Aktivisten.

Das sind nur einige Beispiele, um die Hintergründe der Zerstörung des Regenwaldes aufzuzeigen. Kapitalistische Sachzwänge und Profitgier nehmen keine Rücksicht auf die Umwelt, genauso wenig wie auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, sei es nun in Brasilien, Österreich oder anderswo. Die Vernichtung des Regenwaldes ist so dramatisch, daß wir radikale Antworten brauchen. Wenn jetzt jemand einwendet, daß der Regenwald und die Slums weit weg sind und uns nicht betreffen, so muß man sich

Mehr Fleisch -  
Mehr Profit!



die Frage stellen: Wer zahlt die Vernichtung des Regenwaldes? Sind es nicht die Multis, die privaten Unternehmen wie McDonalds oder Thyssen, die an der Ausbeutung verdienen? Werden nicht Edelhölzer oder Soja für den Verbrauch in den Industriestaaten produziert? Der Kapitalismus ist international - auch österreichische Banken und Unternehmen sind beteiligt. Gerade in einer Zeit, wo so unerträglich oft vom angeblichen Sieg der kapitalistischen Marktwirtschaft gesprochen wird, wo die Illusion einer krisenfreien Wirtschaft bei uns genährt wird, ist es notwendiger denn je, auf die tragischen Auswirkungen der Umweltzerstörung hinzuweisen. Aber es reicht nicht, die Ursachen zu erklären und dagegen zu protestieren - wir müssen

weitergehen. Die Umweltzerstörung ist die Folge der sozialen Ungerechtigkeit, die Folge von profitorientierter Produktion, die nur wenigen Reichen und Mächtigen Vorteile bringt. Der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft muß auch den Kampf zur Erhaltung und zum Schutz der übriggebliebenen natürlichen Umwelt beinhalten. Aber dazu brauchen wir eine demokratisch geplante Wirtschaft und das Gemeineigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln. In Brasilien, wie in den anderen wirtschaftlichen Entwicklungsländern, ist eine Landreform und die Enteignung der Großgrundbesitzer und Multis dringend nötig. Wir müssen deutlich machen, daß nur soziale Umwälzungen eine Verbesserung möglich machen. In den westlichen Industriestaaten haben wir die Aufgabe, für eine neue internationale Wirtschaftsordnung einzutreten, die Rücksicht auf die arbeitende Bevölkerung nimmt. Der Kampf gegen Elend und Armut ist untrennbar mit dem Umweltschutz verbunden!

Thomas Kerschbaum SJ 10

Fortsetzung von Seite 3

Wettbewerb läuft in Testform ab und wird von den Lehrern überwacht).

Aber kämpferische Gewerkschaftspolitik sieht anders aus. Sie besteht im ständigen Eingehen auf die Probleme der Arbeiterjugend, im Agitieren in der Klasse, wo dies möglich ist, und darin, ständig für die Interessen der jungen Arbeiter und Angestellten einzutreten. In so einem Jugendverband wird es für mehr Lehrlinge wieder einen Sinn haben, mitzuarbeiten. In diesem Sinne, viel Glück dem neuen Landesjugendvorstand. Michael Bonvalot GPA-Jugend 2

# Was tun!

**Marxisten für die Rätedemokratie**

PREIS: 1,- M  
SOLIDARITÄTSPREIS: 2,- M

Wir führten ein Interview mit zwei Redakteuren der marxistischen Zeitung "Was tun", die in der DDR erscheint. Hier ein Auszug daraus:

**VORWÄRTS:** Wie schätzt ihr die allgemeine Situation in der DDR ein?

**Simon:** Die arbeitende Bevölkerung in der DDR kriegt bereits mit, daß es ein Fehler war, die CDU zu wählen. Sie haben sich nämlich eine Verbesserung des Lebensstandards erwartet. Es gibt aber bereits Verschlechterungen. Die Westwaren sind zwar gut, aber auch teuer und die Löhne steigen nicht soviel wie die Preise. Die Leute in den Betrieben haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Keiner weiß irgendetwas, weil die Verhandlungen geheim sind. Aber es gibt positive Tendenzen, es gibt immer wieder Betriebsversammlungen. Im Allgemeinen kann man sagen, daß die Leute denken "Dafür bin ich nicht auf die Straße gegangen, es gibt noch keine spürbaren Verbesserungen."

**VORWÄRTS:** Hat es bereits konkrete Proteste gegeben?

**Henne:** Im Zentralen Institut für Metallographie sind eines Tages Westwagen auf dem Betriebsgelände gestanden. Als die Belegschaft wissen wollte, mit wem da verhandelt wird, haben sie keine Antwort bekommen. Es hat dann sofort eine Flugblattaktion gegeben und noch am selben Nachmittag gab es eine Betriebsversammlung, wo der Direktor Rede und Antwort stehen mußte. Im Bezirk Suhl, wo es übrigens ein sehr gutes Wahlergebnis für die Rechte gegeben hat, hat es nach der Ankündigung der 2:1 Währungsreform Warnstreiks

gegeben, noch bevor die Gewerkschaft dazu aufgerufen hat.

**VORWÄRTS:** Wie könnt Ihr Euch das gute Abschneiden der Rechte bei der Wahl erklären?

**S.:** Meine Kollegen haben CDU gewählt, weil sie gedacht haben, die haben Geld, die können unsere Wirtschaft aufpäppeln - sie haben eigentlich die West-CDU gewählt. Viele haben auch die Vorstellung gehabt - am 18. wird gewählt, am 19. hat man die DM in der Tasche.

**VORWÄRTS:** Wird das West-Kapital diese Hoffnungen erfüllen?

**S.:** Nein, die haben ganz andere Interessen als die Arbeiter. Sie werden nur dort investieren, wo sie etwas rausbekommen.

**H.:** Sie verbünden sich auch mit den Bürokraten, die hoffen, so auf ihren Posten zu bleiben. Sie haben ja ähnliche Interessen, nämlich die Arbeiterklasse möglichst ruhig zu halten.

**VORWÄRTS:** Warum hat sich die Bewegung, die doch Anfangs einen sozialen Charakter hatte, nun so in diese Richtung entwickelt und was für Möglichkeiten gibt es, ihr wieder diesen sozialen Charakter zu geben?

**S.:** Als die Grenzen offen waren, haben die Leute den Lebensstandard und das Warenangebot gesehen. Das hat dann zu dieser Tendenz für Vereinigung geführt, die der Kohl ja dann auch enorm ausgenutzt hat. Aber wenn man mit den Leuten redet, dann wird klar, daß die unter sozialer Marktwirtschaft was ganz anderes verstehen als Kohl. Sie meinen nämlich eigentlich eine Planwirtschaft. Nur das Wort ist verpönt. Es werden bald die ersten Angriffe kommen und dann ist es wichtig, das man mit

sozialistischen Forderungen in die Bewegung hineingeht. Die Leute haben eigentlich ein helles Ohr für sozialistische Ideen, man darf nur die Worte nicht verwenden.

**VORWÄRTS:** Wie ist Eure Einschätzung der PDS?

**H.:** Es sind noch immer sehr viele Bürokraten in der Partei. Aber sie hat sich gewandelt und hat Forderungen, die beim Volk ankommen. Die Bürokraten, die die PDS verlassen haben, tendieren jetzt eher zur CDU hin, weil sie hoffen, so ihre Positionen behalten zu können. Sie sind eben immer dort, wo die Macht ist. Die PDS ist zur Zeit die einzige größere Organisation, die linke Forderungen hat. Außerdem stellt sie sich ja als erneuert dar. Sie hängt den Stalinismus an Personen wie Honecker und Co. auf. Wenn diese Personen weg sind - behauptet sie - ist auch der Stalinismus weg. Mit der momentanen Rolle hat die PDS vor allem bei linken Jugendlichen durchaus Chancen.

**VORWÄRTS:** Wie seht ihr die Zukunft der SPD?

**S.:** Die SPD hat von Anfang an nur wenige Anhänger aus der Arbeiterklasse gehabt. Vor allem im Oktober. Sie hat nicht die Interessen der Arbeiter vertreten, sondern die der Intelligenz und der Pfarrer. Viele haben die SPD aber trotzdem gewählt, weil es keine organisierte linke Opposition gegeben hat und sie nicht PDS wählen wollten. Da sie ja nun in der Regierung ist, wird sie auch für die Entlassungen und die Verschlechterungen verantwortlich gemacht werden.

**VORWÄRTS:** Was für Perspektiven

seht ihr für die Zukunft?

**S.:** Die einzige Lösung ist, daß die Arbeiter die Betriebe selbst in die Hand nehmen und die gesamte Wirtschaft nach ihren Bedürfnissen planen. Das wird aber nicht von selbst geschehen, deshalb müssen wir dazu aufrufen und die Arbeiter zum Handeln motivieren. Man kann nicht sagen, daß die Situation schon abgeklärt ist, bei uns ist noch alles offen. Die einzige Möglichkeit, die Situation für die Arbeiter real zu verbessern, ist, wenn sie die Wirtschaft selbst planen.

Fortsetzung von Seite 16

Militär konsigniert, ein Teil desselben, die Infanterie, war mit scharfen Patronen, die Kavallerie mit geschliffenen Säbeln und scharf gespitzten Lanzen versehen, um, so ausgerüstet, jeden Augenblick zum Massenmord bereit zu sein!" Bebel berichtete weiters, daß an einigen Orten feiernde Arbeiter gekündigt wurden, worauf aber oft sämtliche Arbeiter aus Protest ihre Arbeit niederlegten.

Auch in Wien versuchten die Herrschenden durch zahlreiche Repressionen die Demonstration zu verhindern. So mußte Viktor Adler den 1. Mai in einer Gefängniszelle verbringen. Trotz aller Gegenmaßnahmen hat der 1. Mai seinen Zweck voll erfüllt. Er wurde internationaler Kampftag für den Sozialismus und die dringendsten Arbeiterforderungen wie Achtstundentag, Wahlrecht und Frieden. Der 1. Mai wurde als Fest der kommenden Welt empfunden. An diesem Tag demonstrieren die Arbeiter aller Welt ihre Stärke. August Bebel: "Die Demonstration am 1. Mai hat durch ihre Einheitlichkeit unter den Arbeitern der ganzen Welt in den gegnerischen Kreisen einen tiefen, wohl kaum zu verlöschenden Eindruck gemacht."

Nach dem 1. Weltkrieg wurde der 1. Mai in Österreich aus einer von Staat und Kapitalisten

bestenfalls geduldeten Feier zum Staatsfeiertag. Die Sozialdemokratie feierte ihn nicht nur zur Demonstration ihrer Macht, sondern auch als Besiegelung der Tatsache, "daß die Zeit der Verwirklichung und Erfüllung des Sozialismus gekommen ist." Seit 1926 gibt es auch den schon traditionellen Fackelzug der Sozialistischen Jugend am Vorabend des 1. Mai.

Doch als die Bourgeoisie nicht zuletzt auch durch die zurückweichende Politik der sozialdemokratischen Parteiführung wieder an Selbstbewußtsein gewann und in die Offensive ging, wollte sie auch die Maiaufmärsche nicht mehr dulden. 1933 haben die Austrofaschisten unter der Regierung Dollfuß die Demonstration verboten. Die sozialdemokratische Führung kapituliert, obwohl die Partei in Wien sehr stark war und den Bürgermeister stellte. Die Losung hieß, daß die Familien den 1. Mai zu Hause feiern und daß die Mitglieder der SDAP am Vormittag durch die Stadt bumeln gehen sollen, was auch befolgt wurde. Doch daß die

Arbeiterbewegung ließ sich ihren Kampftag nicht von ihren Feinden wegnehmen. Man organisierte illegale Kleinversammlungen, Gruppenwanderungen oder hängte rote Bettwäsche ins Fenster. Sogar in den Konzentrationslagern wurden geheime Maifeiern abgehalten!

1946 gab es Ambitionen, daß Kommunisten und Sozialisten einen gemeinsamen Aufmarsch durchführen, was jedoch von SP-Seite zurückgewiesen wurde. Und so maschierte Jahr für Jahr zuerst die Sozialisten, dann die Kommunisten und schließlich linke Splittergruppen und Politsektionen über den Ring. Erwähnenswert ist noch der Protest des VSM (Verband Sozialistischer Mittelschüler) am 1. Mai 1968. Am SP-Aufmarsch rief man zur Ehrentribüne "Wo bleibt der Sozialismus, Kreisky?" Am Nachmittag wollte man das Volksfest politisieren und über Beschäftigungspolitik reden. Das lehnte der SP-Bürgermeister Bruno Marek "an diesem Tag, wo die Wiener sich vergnügen wollen" entschieden mit Polizeihilfe ab.

Der 1. Mai wurde im Kampf um den Achtstundentag eingeführt, als Kampftag der Arbeiterklasse, nicht als Tag unpolitischer Vergnügung. Der 1. Mai soll kein besserer Kirtag sein, sondern eine politische Demonstration, mit der die Arbeiterbewegung auf ihre Stärke und ihre Forderungen aufmerksam macht. Und damit er das wird bzw. bleibt werden wir ihn als solchen verteidigen müssen. Denn in England blies Margaret Thatcher schon zum Kampf gegen den 1. Mai, sie will ihn als Feiertag abschaffen.

Heuer im hundertsten Jahr seines Bestehens müssen wir uns gegen alle Angriffe der Unternehmer und ihrer Parteien auf den 1. Mai und auf erkämpfte Errungenschaften zur Wehr setzen und unsere Genossen in aller Welt unterstützen, die erst die Möglichkeit, den 1. Mai feiern zu können, erkämpfen müssen.

Hoch die internationale Solidarität! David M. SJ 23

**Demonstrationen**  
kann man verbieten,  
**Spaziergänge**  
sind erlaubt!

Wir gehen am  
**1. Mai**  
zwischen 10 und 11 Uhr  
**Auf der Ringstraße**  
spazieren!

**Es lebe die Freiheit!**  
**Die Wiener Sozialdemokratie.**

Faschisten den 1. Mai nicht einfach abschaffen konnten, da er sich in über 40 Jahren zu einer fixen Einrichtung entwickelte, zeigte sich daran, daß ihn die Faschisten aufgriffen, Hitler erklärte ihn zum Tag der deutschen Arbeit, Dollfuß zum Gedenktage der austrofaschistischen Verfassung. Aber die

# 100 JAHRE

# 1. MAI



Heuer begehen die Arbeiter in aller Welt zum 100. Mal ihren Feiertag - den 1. Mai. Doch nach hundert Jahren hat der österreichische 1. Mai stark an Kampfgeist verloren und ist teilweise zu einer Bonzenparade und Vergnügungsfeier verkommen. In Wien wird die SP-Parteiführung wieder sich und ihre Politik am Rathausplatz feiern lassen und der Parteibasis weis machen, wie sozial und fortschrittlich ihre Politik doch sei. Nach ein paar Ansprachen, in denen auch über unsere Grundsätze Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität gefaselt wird, hat sie das Ganze um halb elf gut über die Runden gebracht und kann sich wieder der Tagespolitik widmen.

Doch nicht immer ist der 1. Mai so zahm und selbstgefällig verlaufen. Und vergessen wir eines nicht: unsere Genossen/innen riskieren auch heute in vielen Ländern ihre Freiheit, ja sogar ihr Leben, um den 1. Mai feiern zu können. Erinnern wir uns doch daran, daß voriges Jahr in der Türkei gegen 1. Maidemonstranten brutalst vorgegangen wurde.

Der 1. Mai wurde zum 1. Mal 1890 auf Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses

von 1889 in Paris als Tag einer "großen Maimanifestation" für den 8-Stundentag begangen. Die Idee dieses Kampftages und besonderen Festtages der Arbeiterklasse erhielt bald breite Unterstützung. Und da er von den Arbeitern der verschiedensten Länder gefeiert wurde, ist er bald zum Symbol der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft geworden. Am 1. Mai 1890 stand die Sozialdemokratie unter

Attacke der Staates. Wien glich einem Heerlager. Wer an der Demonstration teilnahm, also nicht an seinem Arbeitsplatz erschien, mußte mit Lohnabzug oder gar mit Entlassung rechnen. In Deutschland war die Situation ähnlich. August Bebel schrieb am 6. 5. 1890 in der Arbeiterzeitung, daß die Herrschenden in Panik gerieten und mit Putschen rechneten: "Überall war das

Fortsetzung Seite 15



## Am Vorabend des 1. Mai.

Zum Schutz gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der "unveräußerlichen Menschenrechte" tritt die bescheidene Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstages, die endlich klar macht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt. K. Marx.

Ich möchte

## VORWÄRTS

unterstützen und bitte  
um weitere Informationen ○

Name

Anschrift



Ich möchte

- VORWÄRTS abonnieren
- 5 Ausgaben zu 50,- ÖS ○
- 10 Ausgaben zu 100,- ÖS ○
- ein VORWÄRTS-Förderabo  
zu ÖS ... beziehen ○
- (ab 100,- ÖS)
- Auslandsabo (5 Ausgaben: 80.-) ○
- Einsenden an:
- VORWÄRTS c/o Andrea Koch, Grenz-  
ackerstraße 19/9/4, 1100 Wien